



UMWELTGERECHTIGKEIT

Umweltvorteile wie auch -lasten müssen fair verteilt werden. Diejenigen mit politischer oder wirtschaftlicher Macht sollten die Ressourcen der Erde nicht zum Nachteil ärmerer Gemeinschaften oder künftiger Generationen ausbeuten – und ebenso wenig zu Lasten der planetarischen Grenzen eben jener Ökosysteme, die diesen Planeten für die Menschheit bewohnbar machen.

HERAUSFORDERUNGEN

- Europa ist – historisch und aktuell – verantwortlich für einen unverhältnismäßig hohen Anteil in puncto Umweltzerstörung und Ressourcenverbrauch weltweit. Die Erzeugung von Lebensmitteln auf anderen Kontinenten führt durch den teils enormen Land- und Wasserverbrauch zu deutlichen Beeinträchtigungen für die Menschen vor Ort. Lange Transportwege verursachen zudem verstärkte Emissionen.
- Aktivist*innen, die für die Verteidigung von Menschenrechten eintreten, die sich für Umweltgerechtigkeit engagieren oder sich der Ausbeutung ihres Bodens und ihrer natürlichen Ressourcen widersetzen, werden zunehmend bedroht und sogar umgebracht.
- Das dominante und unausgewogene Weltwirtschaftssystem bedeutet für mehr und mehr Gemeinschaften die reale Gefahr gewalttätiger Übergriffe bei gleichzeitiger Bedrohung ihrer Lebensumwelt.
- Wirtschaftliche Tätigkeiten wie etwa der Abbau von Bodenschätzen oder die Ablagerung von Müll, die zu massiven Umweltschäden führen, haben eine globale Bewegung für Umweltgerechtigkeit ausgelöst, die den Lebensstil der Menschheit verändert.
- Umweltgerechtigkeit findet sich auch in der EU. Die Ärmsten trifft es dabei oft zuerst: Viele von ihnen sind gezwungen, dort zu leben, wo die Umweltbelastungen – und somit auch die Gesundheitsgefahren – am höchsten sind.

OBGLEICH **INDIGENE** NUR **5 %** DER WELTBEVÖLKERUNG REPRÄSENTIEREN, STELLEN SIE DOCH **15 %** DER ÄRMSTEN DER WELT DAR, WÄHREND SIE VON **40 %** DER WELTWEITEN **UMWELTKONFLIKTE** DIREKT BETROFFEN SIND.



SEIT 2009 IST DIE ZAHL ERMORDETER UMWELTAKTIVIST*INNEN VON 1 AUF 4 PRO WOCHE GESTIEGEN



BERTA CÁCERES,
HONDURANISCHE
UMWELTAKTIVISTIN –
ERMORDET MÄRZ 2016

ZAHLEN UND FAKTEN



BEI WELTWEITEM KONSUM
WIE IN EUROPA BRÄUCHTEN WIR
KNAPP 3 ERDPLANETEN

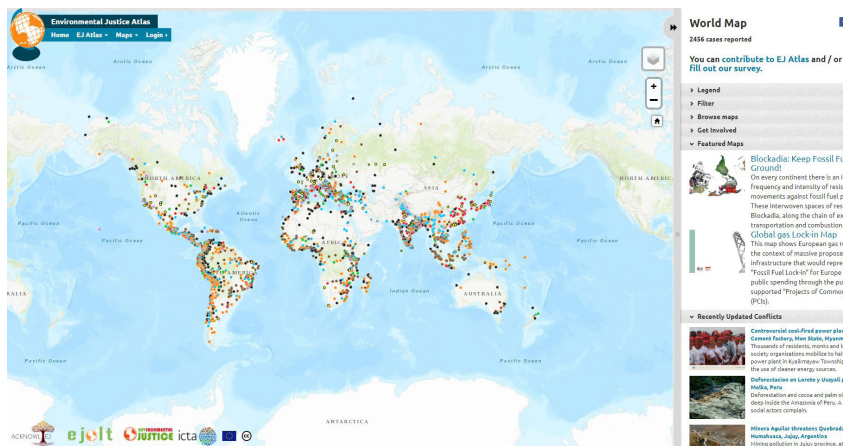


MEHR ALS
ALLER IN
EUROPA
VERZEHRTE LEBENSMITTEL
WERDEN AUF ANDEREN
KONTINENTEN ERZEUGT

40 %

FALLSTUDIE

Umweltschützer*innen brauchen heute selbst Schutz – eine Möglichkeit bietet hier die Berichterstattung durch internationale Medien. Eine hohe Medienpräsenz erschwert Angriffe vor Ort. Das Projekt „Environmental Justice Atlas“ (Umweltgerechtigkeitsatlas) sammelt Informationen zu den Umweltkonflikten, die weltweit – und doch oft vor den Augen der Welt verborgen – geführt werden. 2500 solcher Konflikte hat man bereits kartiert und so zeigt der entsprechende Atlas einen klaren Zusammenhang: Mit dem zunehmenden Abbau und Handel von Mineralien steigt auch die Zahl der diesbezüglichen Konflikte. Ein anderes Beispiel: Eine albanische Minderheit in Montenegro leistete Widerstand, um die Einrichtung einer neuen Mülldeponie auf einer ihrer historischen Stätten zu verhindern. Der Fall fand seinen Weg in den Online-Atlas, Medien vor Ort und europaweit wurden darauf aufmerksam, und sie berichteten darüber, sodass man das unrechtmäßig inhaftierte Oberhaupt der Gemeinschaft schließlich wieder freilassen musste. <https://ejatlas.org/>



EMPFEHLUNGEN

- Umweltdiskriminierung im Rahmen von EU- und/oder globalen Strategien muss erkannt und als solche benannt werden.
- Für einen Post-Wachstums-Fahrplan hin zu ökologischer Nachhaltigkeit und mehr Gleichberechtigung brauchen wir alternative Indikatoren, wie den Genuine Progress Indicator (GPI = Indikator echten Fortschritts), anstelle des BIP. Die Beyond-GDP-Initiative der EU sollte auf jeder politischen Agenda ganz oben stehen. Die Armut in reichen Ländern – und hier insbesondere in Europa – hat zugenommen, selbst während das BIP im gleichen Zeitraum gewachsen ist. Es gibt keinen klaren Bezug mehr zwischen Produktivitätswachstum und Armutsminderung.
- Die ordnungsgemäße Umsetzung der Aarhus-Konvention wird Umweltschützer*innen besseren Zugang zur Justiz in der EU ermöglichen. Zudem müssen die Staats- und Regierungschef*innen der EU entschlossener gegen die Kriminalisierung von Umweltaktivismus vorgehen – weltweit ebenso wie in einigen EU-Mitgliedstaaten.
- Ein alternatives Handelsmandat wie auch eine verbindliche, Sanktionen umfassende Verordnung in Bezug auf schädliche grenzüberschreitende Geschäftspraktiken ist unerlässlich, um die Materialströme zu reduzieren und sich auf eine lokal geprägte Kreislaufwirtschaft hinzubewegen.



WER WIR SIND

Wir, das sind 25 NGOs aus ganz Europa. Die Liste der Themen, zu denen wir arbeiten, umfasst soziale Fragen, die Unterstützung kleinbäuerlicher Landwirtschaft, die Eindämmung des Klimawandels, den Schutz der Umwelt, die Verteidigung der Rechte von Frauen und jungen Menschen, Geschlechtergleichstellung sowie die Förderung von Fair Trade, Entwicklung, globaler Gerechtigkeit und Arbeitnehmerrechten.

makeeuropeustainableforall.org

#FightInequalities

Dieses Infoblatt wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Seine Inhalte liegen voll und ganz in der Verantwortung der Projektpartner und sind unter keinen Umständen als Ausdruck der Position der Europäischen Union zu verstehen.

